Sanitized Copy Approved for Release 2010/05/28 : CIA-RDP80T00246A035000130001-8 7

#### INFORMATION INFORMATION REPORT

# CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorised person is prohibited by law.

	CON	FIDENTIAL		25X1
OUNTRY	East Germany	REPORT		
SUBJECT	Official Bulletin of the Ministry of Trade and Supply	DATE DISTR.	10 JUN 1957	
	3300 000000	NO. PAGES	1	
	LNCLOSURE ATTACHED	REQUIREMENT NO.	RD	
	PLEASE ROUTE /	REFERENCES		
DATE OF NFO.				25X1
PLACE & DATE ACQ.		* * * * * * * * * * * * * * * * * * *		
	SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPR	AISAL OF CONTEN	T IS TENTATIVE.	25X
1	trical household appliances and of to (2 pages in German)	<u>-</u>		/25X
				,

CONFIDENTIAL

AEC STATE X ARMY X NAVY X AIR X FBI (Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

Sanitized Copy Approved for Release 2010/05/28 : CIA-RDP80T00246A035000130001-8

# INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

# CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18. U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

	CONT	FIDENTIAL		25X1
COUNTRY	East Germany	REPORT		
SUBJECT	Official Bulletin of the Ministry of Trade and Supply	DATE DISTR.	10 JUN 1957	
		NO. PAGES	1	
	,	REQUIREMENT NO.	RD	
DATE OF INFO.		REFERENCES		25 <b>X</b> 1
PLACE & DATE ACQ.				25 <b>X</b> 1
	SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRA	AISAL OF CONTEN	IT IS TENTATIVE.	<del></del>
	bulletin (Verfuegungen und Mitteilung The issue contains an article on the (Direktorfonds) and payment of bonuse The bulletin also contains a list of trical household appliances and of th (2 pages in German)	use of the so es to leading changes in th	-called director's commercial personne e price of certain	fund l. elec-
				25X1
•				

## CONFIDENTIAL

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI	AEC			
(Note: Washin	gton	distribution ind	icate	d by "X"; field	l dist	ribution by "#	".)					

# INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

# VERFUGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 13. April

Nr. 15

141. 19

# INHALT

. Anweisungen	I	II. Preisdienst	
Nr. 29/57 - Bildung und Verwendung des Direktor-	1	Preisveränderung für elektrische Bratröhren	10
mammadic resonant	105	Preisänderung für das Fahrrad- und Maschinenöl "Opal"	10
Nr. 31/57 — Kader- und Fluktuations-Statistik	106 106	III. Mitteilungen der Vertragsschiedsstelle Neuregelung der Bestimmungen über die Berechnung	
Nr. 32/57 —	100	und Geltendmachung von Vertragsstrafen	10
Teilzahlungsgeschäfte (3. Ergänzung zur Anweisung Nr. 31/56)	106	Vertragsstrafen III. und IV./56 (Zur Anweisung Nr. 47/56)	10

# **ANWEISUNGEN**

**-- 4910 --**

Berlin, den 5. April 1957

## An weisung Nr. 29/57 über die Bildung und Verwendung des Direktorfonds und Prämienzahlung für das leitende kaufmännische Personal

Im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand des FDGB und dem Ministerium der Finanzen wird bis zur Veröffentlichung der Verordnung über den Prämienfonds und den Sozial- und Kulturfonds — Planjahr 1957 — für den VE Groß- und Einzelhandel für das L/1957 bezüglich der Bildung und Verwendung des Direktorfonds und der Prämienzahlung für das leitende kaufmännische Personal als Übergangsregelung folgendes angewiesen:

# Bildung und Verwendung des Direktorfonds

 Die Bildung und Verwendung des Direktorfonds hat für das I./1957 nach der "Verordnung über den Direktorfonds in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft im Planjahr 1956" vom 26. Januar 1956 (GBl. I S. 129) und der "Vierten Durchführungsbestimmung" zu o. a. Verordnung vom 8. Juni 1956 (GBl. I S. 537) zu erfolgen.

Die in der Anweisung vom 19. März 1956 zur Verordnung über den Direktorfonds sowie die Prämienzahlung für das leitende kaufmännische Personal festgelegten wichtigsten Umsatzplanpositionen zur Beurteilung der Erfüllung des Umsatzplanes für den VE Groß- und Einzelhandel werden durch diese Anweisung außer Kraft gesetzt.

Die Beurteilung der Einhaltung der geplanten Zirkulationskosten ist für den VE Großhandel nach der Anweisung 42/55

vom 22. Juni 1955 ("Verfg. u. Mittlg.", Heft 14) sowie den in der Anweisung vom 19. März 1956 festgelegten Ergänzungen, für den VE Einzelhandel nach der Anweisung 38/55 vom 20. Juni 1955 ("Verfg. u. Mittlg.", Heft 13) vorzunehmen.

 Als Grundlage für die erhöhte Zuführung zum Direktorfonds und Zahlung von Prämien für das leitende kaufmännische Personal gelten die in den Betrieben für das I./1957 vorhandenen Pläne.

Dabei ist zu beachten, daß die an die Mitarbeiter im VE Einzelhandel gezahlten Prämien gemäß Prämienvereinbarung vom 1. Oktober 1956 von der geplanten Lohnsumme abzusetzen sind.

Für die GHK Lebensmittel, Obst und Gemüse und für die GHK Obst und Gemüse sind die erteilten staatlichen Aufgaben (GHK für Lebensmittel und Kommunale Großhandelsbetriebe) verbindlich.

II.

## Prämienzahlung für das leitende kaufmännische Personal

Für das I./1957 sind die Prämien für das leitende kaufmännische Personal nach der Verordnung über die Prämienzahlung vom 18. Mai 1955 (GBl. I S. 359), der Ergänzung der Verordnung vom 23. Dezember 1955 (GBl. I/56 S. 47) und der Anweisung vom 4. Juli 1956 zu errechnen, zu buchen und auszuzahlen.

Auch hier findet bei der Beurteilung der Umsatzerfüllung die Anweisung vom 19. März 1956 hinsichtlich der Erfüllung der wichtigsten Umsatzplanpositionen keine Anwendung.

Sollten die Quartalsprämien für das leitende kaufmännische Personal für das I./1957 per 31. März 1957 nicht gebucht sein, so kann die Buchung in laufender Rechnung vorgenommen werden.

> I. V.: Dressel Staatssekretär

> > Min. f. H. u. V.

Heft 15/57 =

105



Verious Mittle

Sanitized Copy Approved for Release 2010/05/28 : CIA-RDP80T00246A035000130001-8

- 3200 -

Berlin, den 8. April 1957

## Anweisung Nr. 30/57 Monatliche Operativmeldung über Zuckerverbrauch und Zuckerbestände

Es ist erforderlich, daß der Staatsapparat auf allen Ebenen monatlich kurzfristig eine Übersicht über den Verbrauch und die Bestände an Zucker erhält, um die festgelegten Maßnahmen systematisch kontrollieren zu können.

Zu diesem Zweck wird eine monatliche Operativmeldung eingeführt. Durch diese soll den Abt. H. u. V. bei den Räten der Kreise und Bezirke sowie dem Min. f. H. u. V. die Möglichkeit gegeben werden, eine kontinuierliche Versorgung und Bestandshaltung zu gewährleisten.

#### 1. Schema der Meldung

Bestände am Monatsende

Weißzucker, Zuckerwaren

- a) GHK
- b) Konsum-Zentrallager
- c) im Einzelhandel (lfd. Nr. 9 WBRE-Nahrungsg.)
- d) bei Großverbrauchern (lt. Spalte 6 KALV 2—G u. Z)

Verbrauch im Berichtsmonat

- a) Markenrücklauf (lt. lfd. Nr. 4 WBRE-Nahrungsg.)
- b) Großverbraucher (It. Spalte 4 KALV 2-G u. Z)

#### 2. Berichtspflichtige

- a) Die GHK für Lebensmittel und die Konsum-Zentrallager melden telefonisch ihren Bestand an Weißzucker an die Abt. H. u. V. des zuständigen Rates des Kreises bis zum 7. Werktag nach Monatsende.
- b) Die Abt. H. u. V. der Räte der Kreise stellen die übrigen benötigten Angaben aus den Abrechnungen WBRE-Nahrungsgüter und KALV 2 zusammen und melden das Kreisergebnis nach dem unter 1. aufgeführten Schema telefonisch an die Abt. H. u. V. beim Rat des Bezirkes bis zum 8. Werktag nach Monatsende 17.00 Uhr.
- c) Die Abt. H. u. V. beim Rat des Bezirkes faßt die Kreisergebnisse zum Bezirksergebnis zusammen und meldet dieses per FS entsprechend dem Schema bis zum 9. Werktag nach Monatsende, 17.00 Uhr, an das Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung.

#### 3. Berichtszeitraum

Die Berichterstattung beginnt per 30. April 1957 und endet per 31. Oktober 1957.

# 4. Genehmigungsvermerk

Diese Meldung ist genehmigt vom Min. f. H. u. V. und registriert am 5. April 1957 unter Nr. 260/45, befristet bis zum 15. November 1957.

I. V.: Dressel Staatssekretär

- Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 15/57 =

Berlin, den 8. April 1957

## Anweisung Nr. 31/57 Kader- und Fluktuations-Statistik

Zur weiteren Vereinfachung des statistischen Berichtswesens wird in Zukunft auf die Anfertigung der Fluktuations-Statistik per 31. Mai eines jeden Jahres verzichtet. Die Fluktuations-Statistik wird nur noch am Jahresende zusammen mit der Kaderstatistik angefertigt.

Auf Grund der Veränderung des Unterstellungs-Verhältnisses der HO-Kreisbetriebe und des staatlichen Großhandels wird die Abgabe der Kader- und Fluktuations-Statistik sowie die Abgabe der Ergänzungsmeldungen für die Spalte 141 der Fluktuations-Statistik neu geregelt.

- 1. Ab sofort wird die Kader- und Fluktuations-Statistik der HO-Kreisbetriebe sowie des Großhandels für Lebensmittel im Min. f. H. u. V. nicht mehr zentral zusammengefaßt. In den HO-Kreisbetrieben sowie in den NL des GHK für Lebensmittel ist jedoch in der gleichen Form wie bisher am Jahresende die Kader- und Fluktuations-Statistik aufzustellen und der Jahresbericht über die Kaderarbeit anzufertigen, damit diese Unterlagen für die innerbetriebliche Auswertung oder für eine eventuell notwendig werdende Auswertung im Kreis- bzw. Bezirksmaßstab zur Verfügung stehen.
- 2. Die Kaderreferate der Hauptverwaltungen des Großhandels für Industriewaren fassen die Kader- und Fluktuations-Statistik ihrer Großhandelsbetriebe zusammen und werten diese aus. Der Jahresbericht über die Kaderarbeit ist von diesen Betrieben ebenfalls der jeweils zuständigen Hauptverwaltung einzureichen.
- 3. Die Handelsbetriebe der Hauptverwaltungen HO Wismut, HO Spezialhandel und HO Vertrieb fertigen ebenfalls weiterhin die Kader- und Fluktuations-Statistik sowie den Arbeitsbericht an. Die Hauptverwaltungen fassen diese Statistiken zusammen und reichen sie mit dem Arbeitsbericht zu dem bekannten Termin beim Ministerium ein.
- 4. Die Kader- und Fluktuations-Statistiken sowie die Arbeitsberichte der zentralgeleiteten Betriebe werden ebenfalls am Jahresende beim Ministerium zusammengefaßt.
- 5. Die Ergänzungsmeldungen zur Spalte 141 der Fluktuations-Statistik für die HO-Kreisbetriebe, den Großhandel für Lebensmittel, den Handelsbetrieben der Hauptverwaltungen HO Wismut, HO Spezialhandel und HO Vertrieb sind nicht mehr an das Ministerium einzureichen.

Die Kreisbetriebe geben ihre Meldungen in der gleichen Form wie bisher an den Rat des Kreises, Abt. H. u. V., um dieser Abteilung einen Überblick zu verschaffen. Der Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V., ist berechtigt, diese Angaben zum Zwecke einer Auswertung im Bezirksmaßstab zusammenzufassen. Die Großhandelsbetriebe für Lebensmittel reichen ihre Meldungen dem Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V., ein.

Die Handelsbetriebe der Hauptverwaltungen HO Wismut. HO Spezialhandel und HO-Vertrieb übergeben diese Meldungen wie bisher ihrer Hauptverwaltung. Für die zentralgeleiteten Betriebe wird die bisherige Regelung beibehalten.

Die Großhandelsbetriebe für Industriewaren reichen diese Meldungen in der gleichen Form wie bisher an ihre zuständige Hauptverwaltung ein.

I. V.: Dressel Staatssekretär

- Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 15/57 -

# Anweisung Nr. 32/57

Die Anweisung Nr. 32/57 wurde den betreffenden Stellen gesondert zugestellt.

<del>--- 5555 ---</del>

Berlin, den 10. April 1957

# Anweisung Nr. 33/57 Erweiterung des Warenverzeichnisses für Teilzahlungsgeschäfte (3. Ergänzung zur Anweisung

Nr. 31/56)

Mit Wirkung vom 1. April 1957 wird die Nomenklatur der in das Teilzahlungsverfahren einbezogenen Gegenstände um folgende Warenart erweitert:

Klöppeldecken.

Wach Minister

← Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 15/57 -

106

# **PREISDIENST**

**—** 3663 **—** 

Berlin, den 7. April 1957

# Preisveränderung für elektrische Bratröhren

des VEB Elektro-Haushaltgeräte, Berlin-Lichtenberg, Hauptstr. 9

Mit Wirkung vom 1. Februar 1957 wurden im staatlichen und genossenschaftlichen Groß- und Einzelhandel nachstehende Erzeugnisse im Preis gesenkt. Vom Herstellerbetrieb werden Vergütungen gezahlt. Erstattungsanträge sind an die obengenannte Adresse zu richten.

1. Elektr. Bratröhre KH 1 komb. mit zwei Kochplatten Ausführung: Eisenblech weiß emailliert bzw. farbig gespritzt und gebrannt, mit je einer Kochplatte 145 und 185 mm Ø, mit Bratrohr und schwarz emailliertem Abdeckblech, mit Alu-Fangschale und vier verchromten Füßen.

alt	$\mathbf{D}\mathbf{M}$	neu	DM
EVP	380,	EVP	340
EHS	46,74	EHS	41,82
GAP	333,26	GAP	298,18
GHS	29,26	GHS	26,18
IAP	30 <b>4</b> ,—	IAP	272,—

Die Vergütungen betragen:

im Großhandel: 32,- DM je Stück im Einzelhandel: 35,08 DM je Stück

2. Elektr. Bratröhre BR

Ausführung: Tiefziehblech außen weiß emailliert oder farbig gespritzt und gebrannt, Oberblech schwarz emailliert mit hochgezogenem Rand, zwei Rohrbügel nach Muffelrahmen, verchromt mit zwei Kontrolllampen 1200 W/220 V; dreifach regelbar.

alt	DM	neu	DM
EVP	340,—	EVP	290,—
EHS	41,82	EHS	35,67
GAP	298,18	GAP	254,33
GHS	26,18	GHS	22,33
IAP	272,	IAP	232.—

Die Vergütungen betragen:

im Großhandel: im Einzelhandel:

40,— DM je Stück

43,85 DM je Stück

Hentschel Hauptabteilungsleiter

Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 15/57 ...

**-** 3661 ---

Berlin, den 6. April 1957

Preisänderung für das Fahrrad- und Maschinenöl "Opal" des VEB Nitritfabrik Chemische Werke, Berlin-Köpenick, Wendenschloßstr. 7

Folgende Preisänderung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft:

		alt			. n	eu		
	Fl. ccm			Fl. ccm				
	50	100	1000	50	100	1000	250	
	$\mathbf{D}\mathbf{M}$	DM	DM	$\mathbf{D}\mathbf{M}$	$\mathbf{D}\mathbf{M}$	$\mathbf{DM}$	$\mathbf{D}\mathbf{M}$	
EVP	0,36	0,47	2,63	0,35	0,43	2,35	0,79	
GAP	0,30	0,39	2,19	0,29	0,36	1,96	0,66	
IAP	0,26	0,34	1,90	0,25	0,31	1,70	0,57	

Die Vergütungssätze betragen:

je Fl. in DM	50	100	1000 ccm
	0,01*)	0,03**)	0,20
für den Einzelhandel	0,01*)	0,03**)	0.23

\*) Erstattung erfolgt nur bei Mengen über 1000 Stück. \*\*) Erstattung erfolgt nur bei Mengen über 500 Stück.

Die Vergütungen werden vom Herstellerbetrieb für den staatlichen und genossenschaftsichen Groß- und Einzelhandel gezahlt. Die Erstattungsanträge sind bis 30. April 1957 (Ausschlußfrist) an den Herstellerbetrieb zu richten.

> Hentschel Hauptabteilungsleiter

► Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 15/57 -

# Mitteilungen der Vertragsschiedsstelle

**— 1340 —** 

Berlin, den 9. April 1957

# Neuregelung der Bestimmungen über die Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafen

Im Gesetzblatt Teil I S. 209 (GBl. Nr. 25/57) wurde die "Verordnung zur Angleichung des Vertragssystems an die Maßnahmen zur Verbesserung und Vereinfachung der Planung in der volkseigenen Wirtschaft — Angleichungsverordnung —" vom 21. März 1957 veröffentlicht. Diese Verordnung brachte eine grund-legende Neuregelung der Bestimmungen über die ge-setzliche Pflicht zur Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafen, soweit diese Pflicht in der Ver-ordnung vom 6. Dezember über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft (GBl. Seite 1141), den zur Vertragsverordnung erlassenen Durchführungsbestimmungen und den Allgemeinen Lieferbedingungen begründet war. Durch die Verordnung vom 21. März 1957 haben sich also keine Veränderungen bezüglich der Pflicht zur Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafen außerhalb des Bereiches der Vertragsverordnung, z.B. für die verspätete Rückgabe von Leihverpackung, ergeben.

Im Bereich der Verordnung vom 21. März 1957 wurde die Pflicht zur Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafen mit Ausnahme der Qualitäts-, Sortiments- und Verpackungs-Vertragsstrafen aufgehoben. Die Neuregelung gibt die Möglichkeit, die Durchführung von Vertragssschiedsverfahren zu vermeiden, bei denen auf Grund ihres geringen Streitwertes oder auf Grund der geringen Bedeutung der Vertragsverletzung für die Planerfüllung der mit dem Verfahren verbundene Arbeits- und Kostenaufwand nicht gerechtfertigt werden kann.

Soweit solche Verfahren bereits seit längerer Zeit bei der Vertragsschiedsstelle anhängig sind, kommt weiter hinzu, daß ihre Auswertung für die gegenwärtigen Handelsaufgaben vielfach kaum noch möglich ist, weil die vertraglichen Beziehungen zwischen den VE Großund Einzelhandelsbetrieben grundlegend umgesteltet

Infolge der sehr hohen Anzahl der Anträge, die der Vertragsschiedsstelle zugegangen sind, konnten be-dauerlicherweise in größerem Umfang bereits seit längerer Zeit anhängige Schiedsverfahren noch nicht entschieden werden. Da es gegenwärtig auf die Durchsetzung der Grundsätze der neuen vertraglichen Beziehungen zwischen VE Groß- und Einzelhandel ankommt, legen wir allen Antragstellern nahe zu über-

CONFIDENTIAL

107

prüfen, ob es ihnen angebracht erscheint, Vertragsschiedsverfahren zu noch nicht entschiedenen Anträgen weiter durchzuführen oder ob sie die Anträge zurückziehen.

Die Verordnung vom 21. März 1957 hat jedoch den Direktoren der Handelsbetriebe nicht nur eine erhöhte Entscheidungsbefugnis übertragen. Eine erhöhte Verantwortung ergibt sich aus der Pflicht, dafür zu sorgen, daß immer dann Vertragsstrafen berechnet und geltend gemacht werden, selbst wenn eine gesetzliche Verpflichtung hierfür nicht besteht, wenn die Geltendmachung dazu beitragen kann, daß in Zukunft Vertragsverletzungen unterbleiben, die zu einer Beeinträchtigung der Planerfüllung, zu Störungen in der Versorgung der Bevölkerungen und damit auch zu Verärgerungen der Bevölkerung führten. Deshalb hat einem Verzicht auf die Geltendmachung einer Vertragsstrafenforderung, die auf Grund einer in Zukunft erfolgenden Vertragsverletzung entsteht, eine sorgfältige Überprüfung der Bedeutung der Vertragsverletzung vorauszugehen.

Nachstehend werden die wichtigsten Grundsätze der Verordnung vom 21. März 1957 erläutert:

- Ohne Rücksicht auf die Höhe der Vertragsstrafe oder ein Verschulden des Vertragspartners ist der Vertragsstrafen-Gläubiger nicht verpflichtet, eine Vertragsstrafe zu berechnen oder eine berechnete Vertragsstreafe geltend zu machen:
  - a) bei Verzug mit der Lieferung, dem Abruf der Mitteilung der Versanddisposition, der Rechnungserteilung oder der Entgegen- oder Abnahme des Vertragsgegenstandes,
  - b) bei Nichtlieferung oder Nichtabnahme,
  - c) in allen anderen Fällen, soweit nicht gemäß
    Ziffer 7 und 8 eine Pflicht zur Berechnung und
    Geltendmachung der Vertragsstrafe besteht.
- 2. Bei nicht qualitätsgerechter Lieferung oder Nichteinhaltung der Vereinbarungen über das Sortiment oder der Art und Weise der Verpackung ist der Vertragsstrafengläubiger nicht verpflichtet, die Vertragsstrafe zu berechnen. wenn sie den Betrag von 100 DM wegen Verletzung der Verpflichtungen aus einem Vertrag monatlich voraussichtlich nicht übersteigt. Dasselbe gilt für die Geltendmachung, wenn die Vertragsstrafe den Betrag von 500 DM monatlich nicht übersteigt.
- Eine Pflicht zur Berechnung oder Geltendmachung der unter Ziffer 1 und 2 genannten Vertragsstrafen besteht selbst dann nicht,
  - a) wenn sie in Lieferbedingungen vorgesehen war, die bis zum 30. März 1957 erlassen wurden,
  - b) wenn sie in Verträgen vereinbart wurde, die bis zum 30. März 1957 geschlossen wurden.
- 4. Soweit eine Pflicht zur Berechnung oder Geltendmachung von Vertragsstrafen nicht besteht, entschiedet der Vertragsstrafen-Gläubiger, ob er eine Vertragsstrafe berechnet und ob er die berechnete Vertragsstrafe geltend macht.
- 5. Soweit eine Pflicht zur Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafen gemäß vorstehenden Ausführungen nicht besteht, können die Vertragsstrafen-Gläubiger Anträge an das Staatliche Vertragsgericht (einschließlich Vertragsschiedsstelle) zurücknehmen, auch wenn das Schiedsverfahren bereits eingeleitet wurde, jedoch nicht, wenn das Staatliche Vertragsgericht bereits entschieden hat, oder sich die Partner bereits vor dem Staatlichen Vertragsgericht geeinigt haben. An Stelle der Rücknahme des Antrages durch den Antragsteller können

sich die Partner über den Streitfall einigen, ohne daß es einer Zustimmung durch das Staatliche Vertragsgericht bedarf. Es ist notwendig, daß der Antragsteller der Vertragsschiedsstelle bzw. dem Staatlichen Vertragsgericht die Einigung mitteilt, damit das Verfahren eingestellt werden kann.

- Werden Verfahren gemäß Ziffer 5 durch Antragsrücknahme oder durch Einigung beendet, so werden Kosten des Verfahrens nicht erhoben.
- 7. Übersteigt die Vertragsstrafe wegen Verletzung von Verpflichtungen aus einem Vertrage bei nicht qualitätsgerechter Leistung und bei Nichteinhaltung der Vereinbarung über das Sortiment oder die Art und Weise der Verpackung monatlich
  - a) voraussichtlich den Betrag von 100 DM, so ist die Vertragsstrafe zu berechnen,
  - b) den Betrag von 500 DM, so ist die Vertragsstrafe geltend zu machen.
- In gesetzlichen Bestimmungen (Allgemeine Lieferbedingungen), die nach dem 30. März 1957 erlassen werden, kann ebenfalls eine gesetzliche Pflicht zur Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafen vorgesehen sein.
- 9. In allen Fällen, in denen eine gesetzliche Pflicht zur Berechnung und Geltendmachung der Vertragsstrafe besteht (s. Ziff. 7 und 8) ist dafür zu sorgen, daß die Vertragsstrafen auch tatsächlich berechnet und geltend gemacht werden.

Müller Leiter der Vertragsschiedsstelle

- Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 15/57 -

**—** 1340 **—** 

Berlin, den 9. April 1957

## Vertragsstrafen III. u. IV./56

(Zur Anweisung Nr. 47/56, "Verfg. u. Mittlg.", Heft 26/56)

Auf Grund der in der Präambel o.g. Anweisung gerannten Regierungsbeschlüsse hat der Stellvertr. des Ministers für den Großhandel folgende verbindliche Auslegung in einer Anweisung an die Leiter der ehemaligen Verwaltungen der Niederlassungen der Industriewaren-Großhandelskontore gegeben:

"Vom Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder) erhalte ich den Hinweis, daß einzelne Niederlassungen die Anweisung Nr. 47/56 so anwenden, daß sie auch bei Waren, die im Lager vorhanden sind bzw. dort vertragsmäßig einlaufen, die mit dem Einzelhandel vereinbarten Lieferverpflichtungen nicht einhalten. Ich weise Sie deshalb an, bei Ihren Niederlassungen dafür zu sorgen, daß die Anweisung Nr. 47/56 gegenüber dem Einzelhandel nur für solche Artikel Anwendung findet, die nicht vertragsgemäß von der Produktion geliefert wurden."

Danach ist der Einzelhandel berechtigt, dem Großhandel Vertragsstrafen zu berechnen, wenn der Großhandel für das III. und IV./56 Bestellungen über Erzeugnisse, die im Lager des Großhandels vorhanden waren, nicht oder nicht fristgerecht ausgeliefert hat. Der Großhandel ist nicht berechtigt, dem Einzelhandel Vertragsstrafen zu berechnen, wenn der Einzelhandel Erzeugnisse, die sich auf Lager des Großhandels befinden, nicht zu den für das III. u. IV./56 vertraglich vereinbarten Terminen oder überhaupt nicht bestellt hat.

Müller Leiter der Vertragsschiedsstelle

- Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 15/57 -

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag. Berlin — Postscheckkonto: 1400 25 — Erscheinungsweise: wöchentlich einmal — Fortlaufender Bezug: Nur durch die Post für den Dienstgebrauch — Bezugspreis: Vierteljährlich 3.25 DM — Einzelausgabe: —,25 DM (nur zu beziehen vom Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Querstraße 4—6, Telefon: 66 147) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 131/57/DDR — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin N 54